

Umweltzonen senken Schadstoffe um zehn Prozent

Immissionsschutz Experten: Einschränkungen für „Stinker“ sind wichtig. FDP: Überflüssig

VON WINFRIED ZÜFLE

Augsburg Es ist ein Zufall: Am Tag der Einführung einer Umweltzone in Augsburg beschäftigt sich erstmals ein Fachkongress des Kompetenzzentrums Umwelt (Kumas) mit der Kontrolle von Luftverunreinigung (Immissionsschutz). Als zweite Stadt in Bayern verwehrt Augsburg „Stinkern“ im Straßenverkehr die Fahrt ins Zentrum. Doch über Sinn und Unsinn der Zonen wird erbittert gestritten: Die Umweltexperten sind dafür, der ADAC und die FDP dagegen.

Der Präsident des Landesamts für Umwelt (LfU), Albert Göttle, zitiert vor 220 Fachleuten aus ganz Deutschland eine Studie, die in Berlin nachgewiesen hat, dass durch eine Umweltzone mehrere Luftschadstoffe um rund zehn Prozent reduziert werden. „Sie ist also kein Allheilmittel, aber auch nicht wirkungslos“, folgert Göttle.

Die FDP-Bundestagsabgeordnete Miriam Gruß, die auch bayerische Generalsekretärin ihrer Partei ist, hält dagegen die Einführung einer Umweltzone in Augsburg für „reinen Aktionismus“ und „überflüssig“. In einer Pressemitteilung schreibt sie: „Besserekehrmaschinen und die Begrünung an großen Straßen helfen der Umwelt mehr und kosten weniger.“

Das kann Ministerialdirektor Uwe Lahl vom Bundesumweltministerium allerdings nicht bestätigen. Eine Minderung der Feinstaubbelastung um zehn Prozent bedeute, dass der Grenzwert an fünf bis acht Tagen weniger überschritten werde. „So kann man das EU-Ziel erreichen“, sagt er bei den Immissionsschutztagen im Augsburger LfU. Hannover und Berlin planen,

ab dem kommenden Jahr nur noch Autos mit der grünen Plakette in die Umweltzone fahren zu lassen. Ob es den Städten gelinge, dies durchzusetzen, müsse man abwarten. Aber klar sei: „Je mehr man tut, desto mehr bringt's.“

Ein weiteres Problem, das vielen Bürgern im wahrsten Sinne des Wortes stinkt, sind alte Biogasanlagen. Im Freistaat stehen insgesamt 1450 dieser Meiler, ein Drittel aller deutschen Anlagen. Göttle formuliert die Position der Staatsregierung zu diesem Thema: „Umweltgerechte Techniken und Betrieb müssen gleichwertig zur Energieerzeugung sein.“ So wird zum Beispiel bei neuen Anlagen verlangt, dass die Gärrestlager gasdicht abgedeckt und

„Je mehr man tut, desto mehr bringt's.“

Uwe Lahl vom Bundesumweltministerium

Motoren mit geringen Formaldehyd-Emissionen eingesetzt werden. Problematisch seien jedoch die Altanlagen, deren Nachrüstung nur langsam vorankomme, so Göttle.

Der Gesamtluftqualität Bayerns gab der LfU-Chef die „Note 3–4“. In den letzten Jahren habe es keine großen Fortschritte gegeben, weil die Zahl der Verschmutzer (Straßenverkehr) zunahm. Dennoch sagte Göttle: „Die Luft ist gesund.“

Die Immissionsschutztage treten als dritter Kumas-Kongress neben die Abfall- und Deponietage und die Wassertage. Laut Geschäftsführer Egon Beckord und Rechtsanwältin Andrea Verstayl als Mitveranstalterin war die Resonanz so positiv, dass die Fortführung im Jahr 2010 bereits feststeht.